

Fakten und Argumente



PAKT FÜR DIE ARBEITENDEN MENSCHEN

Arbeit für **alle** – Mehr Netto für **alle**

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU/CSU, Peter Rauen, sowie der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Karl-Josef Laumann, und der

Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerald Weiß, haben zu einem Pakt für die arbeitenden Menschen aufgerufen:

Die arbeitenden Menschen – egal ob Arbeitnehmer oder Selbständige – ha-
Fortsetzung Seite 4

INHALT

WAHLKAMPF

Jürgen Rüttgers:

Wir werden den Endspurt gewinnen.

SEITE 5

CDU/CSU-FRAKTION

Friedrich Merz:

Wir müssen Themen besetzen und inhaltlich bestimmen

SEITE 13

1. UNTERSUCHUNGS- AUSSCHUSS

Wieviele Millionen verheimlichen die Sozialdemokraten?

SEITE 15

**PAKT FÜR DIE
ARBEITENDEN MENSCHEN:
ARBEIT FÜR ALLE –
MEHR NETTO FÜR ALLE**

Seite 1-10

Mit einem „Pakt für die arbeitenden Menschen“ streben Arbeitnehmer und Mittelständler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mehr Gerechtigkeit in der Wirtschafts- und Finanz-, in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik an. Darunter verstehen sie vor allem ■ Beteiligungsgerechtigkeit ■ Leistungsgerechtigkeit ■ Beitragsgerechtigkeit und ■ Generationengerechtigkeit. Ein schlüssiges Konzept der Bundesregierung dazu gibt es nicht. Angela Merkel und Friedrich Merz haben recht: Das Land wird schlecht regiert. Es braucht eine starke Opposition.

**FRIEDRICH MERZ:
WIR MÜSSEN THEMEN
BESETZEN UND INHALTLICH
BESTIMMEN.**

Seite 13

■ Mehr Beschäftigung gibt es nur rein statistisch aufgrund einer demographisch bedingten Veränderung. ■ Auf 49 Prozent ist im letzten Jahr die Staatsquote wieder gestiegen. ■ Die Beiträge zur Rentenversicherung dürfen bis 2030 nicht wesentlich höher als auf 20 Prozent steigen. ■ Mit einer Novelle des Atomgesetzes plant Rot-Grün, dass der Versorgungsnachweis über die Entsorgung auch durch dezentrale Zwischenlager erbracht werden kann. ■ CDU und CSU werden diese Themen nutzen, um mit den gesellschaftlichen Gruppen verstärkt ins Gespräch zu kommen.

**ANDREAS SCHMIDT:
WIEVIELE MILLIONEN
VERHEIMLICHEN DIE
SOZIALDEMOKRATEN?**

Seite 15

„Die SPD verstößt gegen die Verfassung.“ Mit diesen Worten kritisiert der Parteienrechtler von Armin die Rechenschaftslegung der Sozialdemokraten. Als „millionenschwere schwarze Kasse“ hat der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im I. Untersuchungsausschuss, Andreas Schmidt, den SPD-Konzern Deutsche Druck- und Verlags-gesellschaft mbH (DDVB) bezeichnet. Die CDU/CSU hat im Untersuchungsausschuss beantragt zum Untersuchungsauftrag Beweis zu erheben und der Frage nachzugehen, inwieweit die SPD ihre Vermögensverhältnisse verschleiert.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Eggermanstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fakten und Argumente

Liebe Freunde,

der UiD hat seit heute ein neues Gesicht und soll den Neuanfang, die zentrale Botschaft des Essener Parteitags, auch mit einem neuen Layout zum Ausdruck bringen.

Der UiD wird prägnanter – durch: ■ verbesserte Übersichtlichkeit ■ mehr Anschaulichkeit mit typografischen Mitteln und Info-Grafiken ■ Konzentration auf in der Regel 24 Seiten im weißen Teil und ■ Modernität „auf der Höhe“ unserer Online-Dienste durch verstärkte Verschränkung von Print- und Online-Medien.

Zwei neue Akzente

Das bedeutet: Wir werden künftig, wie auf Seite zwei unter „Themen der Woche“ deutlich wird, Informationen strenger in die Regie unserer politischen Argumentation nehmen.

Wo es sich irgend machen lässt, soll im Mittelpunkt einer Ausgabe - in dieser ist es der „Pakt für die arbeitenden Menschen“ – ein Kampagnen- oder Projektthema stehen.



Vor allem zwei neue Akzente wollen wir in Zukunft setzen. Anstatt ganze Texte wichtiger Reden aufzunehmen:

■ Daten, Fakten und Zahlen aus diesen Reden sowie

■ Beispiele für treffende und sprachlich gelungene Veranschaulichungen politischer Zusammenhänge,

aber auch dafür sorgen, dass Sie die „Rosinen aus dem Kuchen“ jederzeit wiederfinden. Alles in allem: Information soll nicht nur die pure Mitteilung von News sein, sondern erkennbarer als bisher auf ihren Argumentationsnutzen hin ausgerichtet werden.



Schreiben Sie uns...

...und teilen Sie uns mit, wie Ihnen der neue UiD gefällt:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Konrad-Adenauer-Haus
53113 Bonn
e-mail: ernst.neuper@cdu.de

Spätestens wenn wir unsere Arbeit ab Juli in der Berliner Geschäftsstelle aufnehmen, wird deutlich geworden sein, wie sich die Erneuerung auswirkt und was für Ihre Arbeit möglicherweise noch fehlt.

Angela Reuel

Parteivorsitzende

Ernst Neuper

Generalsekretär

Fortsetzung von Seite 1

ben kein Verständnis dafür, dass ihnen als Lohn ihrer Arbeit nach Steuern und Abgaben netto oft nicht mehr übrig bleibt denen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht arbeiten.

Mit unserer Reformpolitik waren wir in der letzten Legislaturperiode auf dem richtigen Weg. Seit der Umkehr von dieser Reformpolitik wächst die Verärgerung über eine Politik, die diese Ungerechtigkeit nicht beseitigt. Die Leistungsbereitschaft der arbeitenden Menschen geht zurück. Der überwiegenden Mehrheit der arbeitenden Menschen bleibt von



Mit dem Gesetz gegen die sogenannte Scheinselbständigkeit wird die Gründung neuer Existenzen erschwert.

einer Mark Mehrverdienst nur noch rund ein Drittel. Zwei Drittel werden abkassiert. Zunehmend und zu Recht wehren sich die Menschen gegen diese schreiende Ungerechtigkeit. Sie sind empört, wie der Staat mit höheren Steuern und Abgaben zuschlägt, die 630-Mark-Jobs vernichtet und mit dem Gesetz gegen die sog. Schein-

selbständigkeit die Gründung neuer Existenzen erschwert. Der Staat kuriert an Symptomen, ohne die Wurzel des Übels anzugehen. Richtige Reformen wurden zurückgenommen, Umfinanzieren statt echtes Sparen ist die Politik dieser Regierung.

So werden Beschäftigung und die Zukunft auf dem Weg ins nächste Jahrtausend nicht gewonnen. Der Blick in die mikroökonomischen Zusammenhänge einer einfachen Lohnabrechnung zeigt, dass das Problem durch kräftige Lohnerhöhungen nicht zu lösen ist, im Gegenteil:

Die viel zu geringen Nettolohnzuwächse aus Lohnerhöhungen rechtfertigen in keiner Weise die daraus steigenden Bruttoarbeitskosten, durch deren Höhe Arbeit aus Deutschland vertrieben wird oder in die Schwarzarbeit abwandert. Arbeit wird immer unbezahlbarer.

Bei 4 Prozent Lohnerhöhung hat ein Facharbeiter, der vorher 2798,56 DM netto im Monat verdiente, gerade einmal 81,17 DM mehr, während die Kosten für den Arbeitgeber von 6330,40 um 252,78 auf 6538,18 DM steigen, oder anders ausgedrückt: Bei einer Gehaltserhöhung um 4% von 5000 DM brutto auf 5200 DM verblei-

ben dem Arbeitnehmer lächerliche 81,17 DM mehr in der Tasche, während 171,61 DM in öffentlichen Kassen verschwinden und daraus 252,78 DM höhere Arbeitskosten entstehen.

Über vier Millionen Menschen sind ohne Arbeit – und es gibt keine Anzeichen für eine durchgreifende Besserung



Die Aussichten, als Arbeitsloser eine neue Beschäftigung zu finden, haben sich verschlechtert.

der Lage am Arbeitsmarkt. Im Gegenteil: Während im Sommer 1998 eine Trendwende erreicht worden war – die Zahl der sozial-versicherungspflichtig Beschäftigten stieg kräftig –, stagniert diese Entwicklung seit 1999. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit, bedingt durch einen erheblichen Rückgang des Erwerbspersonenpotentials, wird bereits als Erfolg gefeiert. Die Aussichten, als Arbeitsloser eine neue Beschäftigung zu finden, haben sich eher verschlechtert. Das ist ebenso wenig gerecht wie die Tatsache, dass den arbeitenden Menschen – Arbeitnehmern wie Selbständigen – von ihrem Einkommen aufgrund der hohen Steuer- und Abgabenbelastung immer weniger bleibt. Es handelt sich

Rüttgers: Wir werden den **Endspurt** gewinnen

Unsere Kampagne „Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung“ und der Neuanfang der CDU auf dem Essener Bundesparteitag haben uns neuen Aufschwung gegeben. Innerhalb von nur einer Woche hat die Union mehr als fünf Prozentpunkte in der Wählergunst zugelegt, Tendenz weiter steigend.

Es liegt an uns selbst, die Landtagswahl nach Kommunalwahlen und Europawahl zu einem weiteren Erfolg der neuen CDU im Westen zu machen. Bei entsprechendem Einsatz aller Kräfte und der vollständigen Mobilisierung unseres Wählerklientel ist der Wahlsieg für die CDU Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Clement weiß das.

Entsprechend nervös sind die nordrhein-westfälischen Genossen.

Unsere Postkartenaktion „Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung“ trägt zur tiefen Verunsicherung der SPD-NRW bei. Einer EMNID-Umfrage zufolge, die vor wenigen Tagen abgeschlossen wurde, sind 81 Prozent der nordrhein-westfälischen Wählerinnen und Wähler dafür, dass der Bedarf an fehlenden Computer-Experten durch mehr Ausbildung, bessere Schulen und Universitäten und durch Umschulungsmaßnahmen für Arbeitslose gedeckt werden.

Seitdem wird diese Kampagne durchgeführt, hat der Wahlkampf ein Thema: Neue Arbeitsplätze und bessere Bildung. Die Menschen

spüren, dass die „Green-card“ ein Signal der Ohnmacht und nicht des Aufbruchs ist. Die Menschen stimmen uns zu: Zukunft geht auch menschlich.

Die Alternativen in diesem Wahlkampf sind klar: Die SPD in NRW ist verbraucht. Mit einer großen Geld- und Materialschlacht versucht sie jetzt, zu über-tünchen, dass sie keine einzige neue Idee für die Zukunft des Landes hat. Deshalb wird gelogen, diffamiert und getäuscht. Clement ist in einem großen Amigo-Skandal verstrickt. Jetzt versucht sie noch zu retten, was zu retten ist.

Werden Neuanfang und die Beendigung des SPD-Filzes will, muss CDU wählen.

um einen Teufelskreis: Hohe Lohnzusatzkosten und Steuern treiben die Arbeitskosten in die Höhe und verschlechtern damit die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung; eine große Steuer- und Abgabenbelastung macht große Bruttolohnzuwächse erforderlich, damit den Arbeitnehmern von Lohner-

höhungen überhaupt noch etwas verbleibt.

Im Interesse derer, die Arbeit haben wie auch derjenigen, die einen Arbeitsplatz suchen, ist eine Umkehr erforderlich – hin zu niedrigeren Steuern und Abgaben.

Die einfache Lohnabrechnung zeigt nämlich

auch den Weg, der gegangen werden muss, um den Teufelskreis zu geringer Nettolohnzuwächse und zu hoher Arbeitskosten zu durchbrechen. Bei einer vierprozentigen Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge und einem Verzicht auf die vierprozentige Lohnerhöhung hätte derselbe Arbeitneh-

mer 100 DM mehr in der Tasche, während die Kosten für den Arbeitgeber nun ebenfalls um 100 DM sinken würden. Anders ausgedrückt: Der Arbeitnehmer hat 18,83 DM im Monat mehr in der Tasche als bei einer Lohnerhöhung, während die Arbeitskosten um 352,78 DM geringer sind.

Die erste Stufe der Steuerreform, die zum 1. Januar 1999 wirksam wurde und durch eine Anhebung des Grundfreibetrages um etwa 700 DM und eine Absenkung des Eingangsteuersatzes von 25,9 auf 23,9 Prozent die unteren Einkommensgruppen entlasten sollte, zeigt, dass die verkündete Absicht für einen ledigen Facharbeiter mit 72.000 DM Jahreseinkommen wirkungslos bleibt.

Seine Steuerentlastung von 4,10 DM/Monat reicht noch nicht einmal aus, um die Mehrkosten von 4,20 DM bei einer 70-Liter-Tankfüllung zu finanzieren.

An den Lohnbeispielen kann man auch leicht erkennen, dass aus dem ehemaligen „Mittelstandsbauch“ im Progressionsbereich, der in den achtziger Jahren unter dem CDU-Finanzminister Stoltenberg beseitigt und in einen linear-progressiven Tarif umgewandelt wurde, unter der neuen SPD-geführ-

ten Bundesregierung mehr und mehr ein „Facharbeiterbauch“ wird.

Mehr Gerechtigkeit

Arbeitnehmer und Mittelständler der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages streben in der Wirtschafts- und Finanz-, in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik einen „Pakt für die arbeitenden Menschen“ an. Wir wollen damit mehr Gerechtigkeit verwirklichen. Darunter verstehen wir vor allem

■ Beteiligungsgerechtigkeit.

Daher setzen wir uns insbesondere dafür ein, allen – je nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten – Teilhabechancen auf dem Arbeitsmarkt zu geben, anstatt sie lediglich finanziell abzusichern.

■ Leistungsgerechtigkeit.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Schere zwischen Brutto und Netto für Arbeitnehmer und Selbständige kleiner wird und dass denen, die arbeiten, deutlich mehr verbleibt als Transferempfängern.

■ Beitragsgerechtigkeit.

Deshalb wollen wir in der Sozial- und Finanzpolitik das Äquivalenzprinzip stärken, setzen wir uns für die Beitragsbezogenheit der Rente ein und wenden uns gegen gleichma-

cherische Tendenzen in der Rentenversicherung.

■ **Generationengerechtigkeit.** Daher muss Nachhaltigkeit zum bestimmenden Prinzip in der Finanz- und Sozialpolitik werden.

Zur Verwirklichung einer solchen Politik sind umfassende strukturelle Reformen in der Sozial- und Finanzpolitik notwendig. Im Mittelpunkt muss dabei die Stärkung des Wachstums und die Ausweitung der Beschäftigung stehen. Denn die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist unser wichtigstes Ziel, und zugleich ermöglicht erst sie die dauerhafte Erreichung der anderen Ziele.

Die Bundesregierung hat kein schlüssiges Konzept für Deutschlands Zukunft. Angela Merkel und Friedrich Merz haben Recht: Das Land wird schlecht regiert. Umso mehr braucht es eine gute Opposition.

Steuern und Abgaben senken

Vor diesem Hintergrund legen Peter Rau, Karl-Josef Laumann und Gerald Weiß einen Maßnahmenkatalog vor, mit dem wir die oben genannten Ziele erreichen wollen. Dabei erheben wir keinen Anspruch auf

Vollständigkeit. Vielmehr wollen wir pointiert jene Maßnahmen herausstellen, die Arbeitslosen wie arbeitenden Menschen zugleich zugute kommen.

Wir wollen Arbeitnehmer und Selbständige, die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital von Steuern und Abgaben entlasten, indem wir die Staatsquote abbauen und dadurch Spielräume für Steuer- und Beitragsenkungen schaffen.

So sinken die Kosten für die Betriebe; Investitionen werden attraktiver; Arbeitsplätze werden gesichert und neue können entstehen. Gleichzeitig verbleibt den Bürgern mehr Geld im Portemonnaie, und die Möglichkeiten zur privaten Vorsorge und Ersparnisbildung werden größer. Nicht zuletzt eröffnet eine geringere Brutto-Netto-Spanne auch der Tarifpolitik neue Spielräume.

Konkret wollen wir die Staatsquote auf 40 Prozent zurückführen. Das ist möglich, wenn die Ausgabenzuwächse von Bund, Ländern und Gemeinden sowie Sozialversicherungen über einen Zeitraum von fünf bis sieben Jahren jährlich etwa zwei Prozentpunkte unterhalb der Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsproduktes liegen.

Dieses Ziel ist umso einfacher zu erreichen, je kräftiger die Wirtschaft wächst.

■ **Spielräume für Beitragsatzsenkungen schaffen**

Für uns ist klar: Bezahlte nicht-selbständige Arbeit muss im Rahmen der gesetzlichen Sozialversicherung abgesichert werden. Wenn

und dem veränderten Altersaufbau der Gesellschaft sowie dem sich wandelnden Erwerbsverhalten insbesondere der Frauen durch eine Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung Rechnung trägt. Wir treten dafür ein, mittelfristig die Lebensarbeitszeit insbesondere durch einen im Durchschnitt früheren Eintritt ins Erwerbsleben



K.-J. Laumann



P. Rau



G. Weiss

Die Staatsquote muss zurückgeführt werden.

es mehr Beschäftigung und weniger legale und illegale Umgehung der Sozialversicherungspflicht gibt, können die Sozialversicherungsbeiträge reduziert werden. Um die Beiträge zu stabilisieren oder möglichst sogar zurückzuführen, bedarf es darüber hinaus nicht einer Umfinanzierung (wie bei der Ökosteuer), sondern struktureller Reformen in den sozialen Sicherungssystemen. Konkret brauchen wir

→ eine Reform der Alterssicherung, die – wie die Rentenreform 99 der alten Bundesregierung mit dem demographischen Faktor – der längeren Lebenserwartung

zu verlängern, wobei die Zahl der Beitragsjahre – unabhängig vom Lebensalter – stärker berücksichtigt werden muss: Nach 45 Beitragsjahren muss eine abschlagsfreie Rente gewährt werden. Kinder, die späteren Beitragszahler, zu haben, muss im Rentenrecht stärker als bisher berücksichtigt werden. Wir wollen mehr Anreize zur privaten Vorsorge schaffen und hier insbesondere die Bezieher niedriger Einkommen fördern; arbeits- und steuerrechtliche Hemmnisse, die der betrieblichen Alterssicherung entgegenstehen, wollen wir beseitigen.

→ eine Reform der Krankenversicherung, die – statt mit einem Globalbudget zu gängeln – die Eigenverantwortung stärkt, die großen Risiken weiterhin solidarisch absichert, die Absicherung kleinerer Risiken aber mehr als bisher dem Einzelnen überlässt, etwa durch private Zusatzversicherungen und durch Selbstbehalt; Sozial- und Überforde-

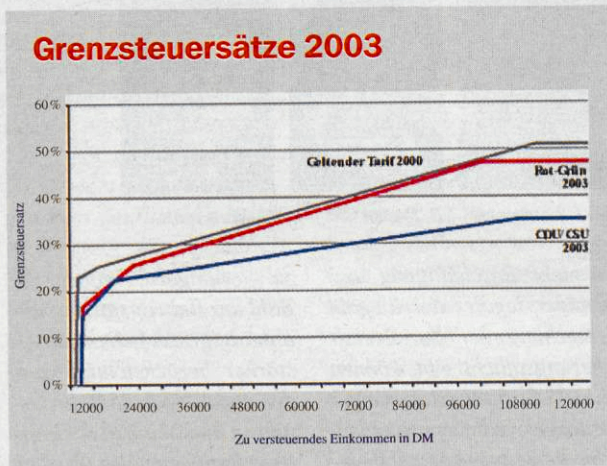
zugleich aber die Effektivität der sozial- und familienpolitisch motivierten Einkommensumverteilung im Rahmen der GKV erhöhen. So kann es nicht richtig sein, dass – aufgrund der Wirkung der Beitragsbemessungsgrenze – die Höhe der von einer Familie zu zahlenden GKV-Beiträge nicht nur von der Höhe des Familieneinkommens, sondern

vom Gesamteinkommen in Höhe von insgesamt 10.000 DM berechnet. Das halten wir nicht für gerecht. Wir sind darüber hinaus der Ansicht, dass diejenigen, die sich freiwillig in der GKV versichern, um in den Genuss der beitragsfreien Familienmitversicherung zu kommen, nicht auch noch von der degressiven Wirkung der Beitragsbemessungsgrenze profitieren sollten. Indem wir sozialen Ausgleich und Familienleistungsausgleich wirksamer gestalten, entstehen zusätzliche Spielräume für Beitragsentlastungen.

■ Spielräume für Steuer-senkungen schaffen

Mehr denn je kommt es in der Haushalts- und Finanzpolitik auf einen effizienten Einsatz knapper Ressourcen an. Deshalb sind auch in diesem Bereich in erster Linie strukturelle Reformen notwendig und nicht bloße Einsparungen. Konkret treten wir dafür ein,

→ die Finanzverfassung zwischen Bund und Ländern sowie zwischen Ländern und Gemeinden so zu ändern, dass auf der jeweiligen Ebene Bemühungen für eine gute Finanzausstattung nicht über Gebühr bestraft und fehlende Bemühungen durch Finanz-



rungsklauseln, die die wirklich Schwachen schützen, sind dabei für uns unabdingbar. Im ambulanten Bereich wollen wir das Sachleistungsprinzip durch das Kostenerstattungsprinzip ersetzen. An der paritätischen Finanzierung, der Beitragszahlung nach der Leistungsfähigkeit und der beitragsfreien Familienmitversicherung wollen wir festhalten,

auch von seiner Zusammensetzung abhängt. Ein Beispiel: Die Beiträge einer Familie mit einem Verdiener und mit einem Monatseinkommen von 10.000 DM werden bis zur Beitragsbemessungsgrenze, zur Zeit 6.375 DM, erhoben; arbeiten hingegen beide Ehepartner und verdienen sie jeweils 5.000 DM monatlich, werden die Gesamtbeiträge

zuweisungen belohnt werden; die Kommunen benötigen eine Kommunalsteuer mit Hebesatzrecht. Die Gewerbesteuer sollte mittelfristig durch eine wirtschaftskraftbezogene kommunale Steuer ersetzt werden.

→ die Treffgenauigkeit staatlicher Leistungen durch eine Bündelung verschiedener Transfers und, wo immer möglich, durch einen Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung (z.B. in der Wohnungspolitik, Familienpolitik, Bildungspolitik) zu erhöhen;

→ den Einsatz von Subventionen dadurch wirksamer auszugestalten, dass sie vollständig erfasst und ausgewiesen werden müssen, dass sie grundsätzlich zeitlich befristet, degressiv ausgestaltet und vorrangig als rückzahlbare Hilfen gewährt werden. Dauersubventionen in nicht mehr zukunftsfähige Strukturen sind zu beenden.

Eine spürbare Senkung aller Steuersätze ist zwingend erforderlich. Eine Steuerstrukturreform muss Arbeitnehmer, Unternehmer und Unternehmen gleichzeitig entlasten. Sie muss rechtsformneutral sein. Je mehr Steuervergünstigungen abgebaut werden, desto stärker können die Steuersätze sinken. Der Gesetzentwurf der

CDU/CSU mit einer durchgreifenden Senkung der Einkommenssteuer zeigt den richtigen Weg.

Das durch eine solche Reform induzierte Wirtschaftswachstum erhöht mittel- und langfristig das Steueraufkommen, führt zu mehr Steuerehrlichkeit und rechtfertigt auch vor dem Hintergrund langfristig gesunder Staatsfinanzen eine Netto-Entlastung von 50 bis 60 Mrd. DM.



Die Steuerreform der Regierung bringt vielen Steuerzahlern zusätzliche Belastungen.

Die von der Regierung vorgelegte Steuerreform wird den Anforderungen für Wachstum und Beschäftigung nicht gerecht, da die arbeitenden Menschen im Vergleich zum Oppositionsantrag völlig unzureichend entlastet werden. Das gilt für Unternehmer und Arbeitnehmer.

Die von der Regierung vorgelegte Steuertarifreform 2005 ist für den größten Teil der Steuerzahler keine Ent-, sondern eine zusätzliche Steuerbelastung. Sie reicht nicht einmal aus, um die heimliche Steuererhöhung zu kompensieren.

Und darüber hinaus gilt: Die Steuerentlastung für die arbeitenden Menschen kann um so deutlicher ausfallen, je weniger Geld der Staat ausgibt. Sparpotentiale sehen wir unter anderem in folgenden Bereichen:

■ Personalausgaben:

Ein Großteil der Ausgaben der öffentlichen Hände sind Personalausgaben. Einsparungen sind etwa durch einen allmählichen, sozial vertretbaren Personalabbau und durch eine Durchforstung des „Zulagenunwesens“ möglich; zudem ist in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst auf eine Reform des BAT hinzuwirken. Dem Trend zu Frührenten ist entgegenzuwirken; es ist zum Beispiel auch ein stärkerer Einsatz dienstunfähiger Lehrer in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes zu erwägen. Wir wollen am Alimentationsprinzip für Beamte festhalten, jedoch den Tätigkeitsbereich für Beamte nach und nach auf wirklich hoheitliche Aufgaben beschränken. Zudem muss auch die Altersversorgung der Beamten der demographischen Entwicklung Rechnung tragen. Zur Entlastung der staatlichen Haushalte ist

Substanzlose Appelle Schröders **helfen nicht**

Zur Forderung von Bundeskanzler Gerhard Schröder an die Wirtschaft, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, erklärte Generalsekretär Ruprecht Polenz:

Anstatt substanzlose Appelle an die Wirtschaft zu richten, sollte Herr Schröder

der erste selbst die richtigen Rahmenbedingungen für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Die meisten Ausbildungsplätze in Deutschland schafft der Mittelstand. Gerade der Mittelstand wird durch die Steuerpolitik der Schröder-Regierung jedoch extrem benach-

teiligt. So schafft man kein Klima für mehr Ausbildung. Deutschland braucht eine innovative Bildungspolitik, die zukunftsweisende Ausbildungsberufe und Studiengänge fördert. Gegenwärtig tut die Konjunktur mehr für Schröder, als Schröder für die Konjunktur.

zudem darauf hinzuwirken, dass – soweit mit dem verfassungsmäßig Gebotenen vereinbar – die Beihilfe bei ärztlicher Versorgung und bei Krankenhausaufenthalten nicht für höhere Kosten aufkommt als die GKV. Veränderungen im Leistungsrecht von GRV und GKV müssen künftig auch zu entsprechenden Veränderungen im Beamtenrecht führen.

■ Sozial- und Arbeitslosenhilfe:

Verwaltung und Finanzierung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe sind unter einem organisatorischen Dach zusammenzufassen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt wird in die Zweige „aktive Sozialhilfe“ (für grundsätzliche Arbeitsfähigkeit) und „passive

Sozialhilfe“ (für Hilfsbedürftige, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen können) getrennt. Im Vordergrund der Leistungen aus Arbeitslosen- und den Ansprüchen auf aktive Sozialhilfe steht die Re-Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Die Hilfen zur Arbeit sind so auszugestalten, dass diejenigen, die angebotene Arbeit oder Qualifizierungsmaßnahmen ablehnen, die Leistungsansprüche verlieren.

■ Bildung:

Wir wollen nicht auf Kosten der Qualität der Bildung sparen, aber auch auf diesem Feld die Mittel wirksamer einsetzen – etwa durch eine Intensivierung des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen, eine Neustrukturie-

rung der Studiengänge und kürzere Studienzeiten.

Allgemein: Mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt ist wichtiger als Arbeitszeitverkürzungen. Der Abbau von Überstunden ist nur vertretbar, wenn die Tarifparteien sich auf Langzeitarbeitskonten für die Arbeitnehmer verständigen. Arbeitsfördernde Maßnahmen, die nur einen Drehtüreffekt auslösen, sind zu unterlassen. Zu fordern ist vom Staat, dass er bei allen Leistungsgesetzen eine Generationenrechnung vorlegt; dies wirkt disziplinierend. Übertriebene Forderungen können mit einer solchen Rechnung abgewehrt werden.

<http://>

www.cducs.bundestag.de

HANS-PETER REPNIK ZIEHT BILANZ

Versprochen, aber Wort gebrochen

Das Motto der Pressekonferenz des 1. Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Wilhelm Schmidt, hätte lauten müssen: „Versprochen, aber Wort gebrochen“:

Die Arbeitsmarktlage zeigt keinerlei Anzeichen einer durchgreifenden Besserung.

Der Aufbau Ost ist geprägt von nach wie vor überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit – am höchsten dort, wo SPD und PDS gemeinsam regieren. So sieht das aus, wenn der Kanzler etwas zur Chefsache erklärt.

Rot-Grün hat die Bedingungen für neue Arbeitsplätze seit dem Regierungsantritt systematisch verschlechtert:

■ Die Unternehmen in Deutschland, insbesondere der Mittelstand werden steuerlich höher belastet als je zuvor.

■ Mit der „Ökosteuern“ treibt die Bundesregierung unter dem Deckmäntelchen einer sog. „ökologisch-sozialen Steuerreform“ die Verbraucherpreise und die Kosten in den Unternehmen in die Höhe, ohne dass die Probleme der Rentenversicherung damit gelöst werden.

■ Folgerichtig und unvermeidlich ist die Staatsquote im Jahr 1999 wieder auf 49% gestiegen (+0,7%), und die Abgabequote hat mit 43% einen historischen Höchststand erreicht.

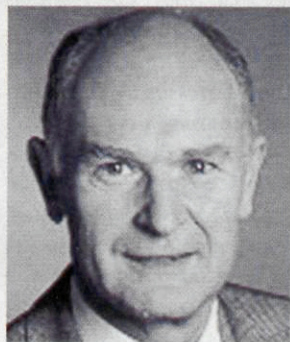
■ Verkorkste Gesetze wie die Neuregelung der 630 DM-Beschäftigungsverhältnisse und zur sog. „Scheinselbständigkeit“ vernichten in großem Umfang Arbeitsplätze.

■ Gleichzeitig wächst die Schattenwirtschaft mehr als doppelt so schnell wie die offiziell erfasste Wirtschaftsleistung.

Rot-Grün ist bis heute die Antwort schuldig auf die Frage, was denn nach dem Ausstieg aus der Kernenergie an anderen Stelle treten soll und wie sie das zwangsläufig entstehende Klimaschutzproblem lösen will.

Rot-Grün täuscht die Rentner und Beitragszahler gleichermaßen, seitdem sie die Rentenreform von uns rückgängig gemacht hat ohne zu sagen, was denn an die Stelle dieser Reform treten soll. Hinzu kommt, dass die Glaubwürdigkeit dieser Regierung bei den Rentnern und Rentnerinnen dieses Land wohl endgültig zer-

stört ist. Der Kanzler hat die persönlich versprochene Beibehaltung der Nettolohnan-



Schlechte Politik lässt sich schwer verkaufen. Die SPD sollte zu angeblichen Erfolgen lieber schweigen.

passung ausgesetzt und die versprochene Anpassung in Höhe der Inflationsrate ebenfalls nicht eingehalten. Vor kurzem hat das Bundeskabinett eine Anpassung in Höhe von 0,6% beschlossen, obwohl die Inflationsrate in diesem Jahr vermutlich bei etwa dem Dreifachen liegen wird, bei 1,8%.

Angesichts dieser Bilanz wäre es für den parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion besser gewesen, wenn er geschwiegen hätte. Schlechte Politik lässt sich eben nicht verkaufen.

UD

Reform im Interesse von **Wissenschaft und Forschung** weiter treiben

Zur Stiftungsrechtsreform erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Forschung und Innovation, Professor Dr. Heribert Offermanns:

Stifter und Mäzene gehen neue Wege und verwirklichen neue Ideen. Das Stiftungswesen ist deshalb ein wichtiger Impulsgeber für Wissenschaft und Forschung. Dies gilt umso mehr, als Wissenschaft und Forschung nicht im gleichen Maße von der Ausweitung des Sponsorings profitieren wie etwa Sport und Kunst.

Der Bundesfachausschuss Forschung und Innovation der CDU hat sich mit dem Reformbedarf im Stiftungsrecht befasst und setzt sich bei Bund und Ländern dafür ein, die Stiftungsrechtsreform schnell weiter voranzutreiben.

Die Verabschiedung der „kleinen Novelle“ des Deutschen Bundestages ist ein „Schrittchen“ in die richtige Richtung, greift jedoch zu kurz.

Darüber hinaus gilt es:

- das sogenannte Zustiftungsverbot zu beseitigen. Wir sind der Auffassung, dass Stiftungen andere Stiftungen fördern dürfen sollten.

- die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden auf 20 Prozent zu erhöhen. Denn es ist wichtig, auch große Vermögen für Stiftungen zu mobilisieren. Für viele Forschungsvorhaben muss finanziell einfach eine kritische Masse erreicht werden. Wir wollen auch Signale für die jungen Unternehmen aus dem High-Tech-Bereich, die ihre Finanzkraft aus dem Neuen Markt beziehen. Sie sollen das Stiftungswesen als Möglichkeit gemeinnützigen Engagements für Wissenschaft und Forschung entdecken.

- auf die Besteuerung der Veräußerung von Betrieben beziehungsweise Betriebsteilen durch Stiftungen zu verzichten. Stiftungen dürfen sich nicht aus steuerlichen Gründen veranlasst sehen, Betriebe zu führen, obwohl der Verkauf für den Stiftungszweck geeigneter wäre. Wenn Veräußerungsgewinne bei großen Kapitalgesellschaften steuerfrei gestellt werden, dann muss dies auch bei Stiftungen möglich sein.

- den zivilrechtlichen Teil der Stiftungsrechtsreform noch in dieser Legislaturpe-

riode zu behandeln. Die Erleichterung der rechtlichen Rahmenbedingungen ist dringend geboten. Im Einzelnen geht es um

- die Einrichtung eines Stiftungsregisters. Stifter, die zum Wohle der Gesellschaft tätig sind, sollen nicht durch eine überbordende Bürokratie abgeschreckt werden.

- um die Reduzierung der Stiftungsaufsicht. Dies gilt insbesondere zu Lebzeiten des Stifters. Allgemein sollten sich die Länder von obrigkeitstaatlichem Denken verabschieden und die Stiftungsaufsicht auf eine bloße Rechtsaufsicht beschränken.

- um die Gleichbehandlung von Organisationen im Gemeinnützigkeitsbereich.

Warum sollen die vielen kirchlichen Stiftungen des öffentlichen Rechts, Stiftungsvereine und gemeinnützige Stiftungs-GmbHs von den neuen Bestimmungen ausgeschlossen werden?

Forschung und Innovation brauchen Engagement auf allen Ebenen. Ein stiftungsfreundliches gesellschaftliches Klima und die Ermutigung von Stiftern gehören dazu.

FRIEDRICH MERZ:

Wir müssen Themen besetzen und inhaltlich bestimmen

■ **Arbeitsmarkt:**

Die Regierung Schröder kommt in den Sachfragen kaum einen Schritt weiter. Bei der dringend notwendigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hin zu mehr Beschäftigung verlässt sie sich allein auf die demographisch bedingte, rein statistisch zurückgehende Arbeitslosenquote.

Deshalb müssen gerade wir die zu geringe Zahl der Erwerbstätigen von 36,0 Millionen zum Maßstab machen, um zu zeigen, dass die Wirtschaftspolitik der Schröder-Regierung ohne Erfolg bleibt. Wir brauchen zur Lösung des Beschäftigungsproblems in Deutschland mindestens 3 Millionen neue Jobs. Davon sind wir weiter entfernt denn je.

■ **Staatsquote:**

Dafür ist im letzten Jahr die Staatsquote wieder auf 49 % gestiegen. Rot-Grün wird daran scheitern, den Staatsverbrauch an der Wirtschaftsleistung unseres Landes auch nur annähernd auf den Wert zurückzuführen, den selbst der rot-grüne Bundeswirtschaftsminister mit 40 % für notwendig hält.

Auch die rot-grüne Steuerreform wird daran nichts ändern. Die geplante Nettoentlastung wird noch nicht einmal den Anteil an höheren Staatseinnahmen an Bürger und Betriebe unseres Landes zurückgeben, den Bund, Länder und Gemeinden im Verlaufe des Inkrafttretens der verschiedenen Stufen an Mehreinnahmen erzielen.

Die Folge ist eine weiter steigende Abgabenbelastung, nicht deren Absenkung.

Ich spreche bewusst die Staatsquote als Maßstab für Erfolg oder Misserfolg der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik an, weil wir wissen – und diese Erfahrung mit vielen anderen Ländern teilen –, dass nur ein Staat, der die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Handeln verbessert, zusätzliche Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt ermöglicht.

■ **Rentenpolitik:**

Wir werden bis zur Sommerpause in die entscheidende Phase der Rentenkonsensgespräche eintreten. Einen Kompromiss mit uns kann es daher nur geben, wenn Grundsatzpositionen unserer

Rentenpolitik von der Regierung akzeptiert werden. Dazu zählt, dass wir bis 2030 die Grundlagen der Rentenversicherung festlegen müssen, dass die Beiträge in diesem Zeitraum nicht wesentlich höher als auf rund 20 % steigen dürfen, dass die Rente beitrags- und leistungsbezogen bleibt und dass ein neuer, verlässlicher Ausgleich zwischen den Generationen gefunden wird. Für die junge Generation bedeutet dies, dass auch durch die Steuerpolitik Freiräume geschaffen werden müssen, damit zusätzlich zur gesetzlichen Rente eine private und betriebliche Altersversorgung aufgebaut werden kann. Renten- und Steuerpolitik müssen ineinander greifen, sonst gibt es keine tragfähige Lösung.

■ **Energiepolitik:**

Wir werden unsere Position in der Energiepolitik den rot-grünen Plänen zum Ausstieg aus der Kernenergie gegenüberstellen. Die rot-grüne Koalition plant jetzt offenbar eine Novelle des Atomgesetzes, nach der u.a. der Vorsorgenachweis über die Entsorgung auch durch

Ruprecht Polenz: Weltwirtschaftliche Dynamik für Reformen nutzen

Zu dem Frühjahrsgutachten der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erklärte Generalsekretär Ruprecht Polenz:

Nicht wegen, sondern trotz der Regierungspolitik zieht die Konjunktur in Deutschland an, leider deutlich langsamer als in Nachbarländern.

In ihrem Frühjahrsgutachten stellen die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute fest, dass das Anziehen der Weltwirtschaft im Jahr 2000 auch auf die Wirtschaft in Deutschland durchschlägt. So wird für Deutschland ein

Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes von 2,8 Prozent prognostiziert. Damit liegt Deutschland allerdings im internationalen Vergleich hinter den USA (+ 4,4 Prozent) und auch unter dem EU-Durchschnitt (+3,2 Prozent). Dies zeigt, die Konjunktur tut mehr für Herrn Schröder als Herr Schröder für die Konjunktur. Die deutlich festzustellende weltwirtschaftliche Dynamik wird in Deutschland im Vergleich zu anderen führenden Industrienationen nicht konsequent genutzt.

Um uns im internationalen Wettbewerb behaupten zu können, ist es gerade jetzt,

unter günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unbedingt erforderlich, an die drängenden Reformaufgaben heranzugehen.

Hierzu gehört die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wie auch die Umsetzung einer konsequenten Steuerreform mit einer deutlichen Senkung aller Steuersätze über alle Tarifbereiche. Nur so kann mehr Wachstum auch in mehr Beschäftigung umgesetzt werden und nur so kann sich Deutschland im globalen Wettbewerb behaupten.

dezentrale Zwischenlager erbracht werden kann. Diese substantielle Veränderung der Entsorgungspolitik bedarf der Zustimmung der Länder im Bundesrat. Die unionsgeführten Bundesländer können sich diesem Schritt verständlicherweise nicht anschließen. Damit ist eines der rot-grünen Prestigeobjekte vom Scheitern bedroht – sehr zum Nutzen unserer Umwelt.

■ Globalisierung:

Die Opposition wird nicht schon dann als bessere Alternative zur Regierung angesehen, wenn sie die Regierung kritisiert und größeren Schaden zu verhindern versucht. Wir müssen auch selbst Themen besetzen und inhaltlich bestimmen. Aus meiner Sicht wird dies vermutlich neben der Bildungspolitik am ehesten mit einer breit angelegten Debatte

über die Folgen der Globalisierung und die daraus auch für unser Land zu ziehenden Konsequenzen gelingen.

Denn: Das Thema Globalisierung bietet eine hervorragende Möglichkeit, die Diskussion mit den gesellschaftlichen Gruppen wieder verstärkt zu suchen.

<http://>

www.cducs.bundestag.de

ANDREAS SCHMIDT:

Wieviele Millionen verheimlichen die Sozialdemokraten?

Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss, Andreas Schmidt, erklärte zu Unklarheiten bei den SPD-Parteifinzen:

Es verstärkt sich der Verdacht, dass die SPD ihren Konzern Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (DDVG) als millionenschwere schwarze Kasse benutzt. Zum einen scheinen entgegen den handelsrechtlichen Publizitätsvorschriften über Jahre hinweg die Jahresabschlüsse des Konzerns nicht veröffentlicht

”

„Die SPD verstößt gegen die Verfassung.“ Parteienrechtler von Arnim kritisiert Rechenschaftslegung der Sozialdemokraten.

worden zu sein. Dies wird seine Gründe gehabt haben und stellt möglicherweise die Ausgangsbasis für eine weitere Verschleierung dar: Aus den SPD-Rechnungsberichten sind z.B. die nach Zeitungsberichten im Jahre 1998 an die SPD ausgeschütteten 18,4 Mio.



Andreas Schmidt: Rot-Grün verhindert die Aufklärung von Verstößen gegen das Transparenzgebot.

DM nicht ersichtlich. Zu klären ist, wie es um die Erträge aus den Vorjahren und ihre Behandlung nach dem Parteiengesetz steht.

Die CDU/CSU-Fraktion im 1. Untersuchungsausschuss hat deshalb beantragt, die vollständigen Handelsregisterakten betreffend die DDVG beizuziehen. Sie werden ein wichtiges Beweismittel sein zur Aufklärung von Millionen-Einnahmen der SPD, die bisher im Rechenschaftsbericht nicht als solche ausgewiesen sind.

Der im Februar 2000 erweiterte Untersuchungsauftrag hat zum Gegenstand die

Frage, ob gegen das Parteiengesetz verstoßen worden ist. Bisher hat Rot-Grün die Aufklärung von Verstößen der SPD gegen das Transparenzgebot des Parteiengesetzes verhindert. Die Ausschussmehrheit hat deshalb am 6. April 2000 drei Beweisanträge der CDU/CSU-Fraktion abgelehnt. Es ging um den auf 500 Mio. DM geschätzten Medienkonzern der SPD und den Verdacht auf Verstöße gegen das Parteiengesetz.

ANTRAG

der Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im 1. Untersuchungsausschuss

Der Untersuchungsausschuss möge beschließen:

Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag (BT-Drs. 14/2139, 14/2686), insbesondere auch zu der Frage, ob und inwieweit die SPD bei der Veröffentlichung ihrer Beteiligungen ihre wahren Vermögensverhältnisse verschleiert und hinsichtlich der aus den Vermögensbeteiligungen gezogenen Erträge unrichtige Angaben in ihren Rechen-

Union fordert konsequente Reformpolitik

Der Euro hat gegenüber dem US-Dollar weiter an Wert verloren. Zwar sorgte die Europäische Zentralbank mit einer weiteren Zinserhöhung, dass keine Inflation in der Euro-Zone entstehen kann, aber es ist die mangelnde Reformpolitik, die den Außenwert des Euro drückt. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagfraktion, Friedrich Merz, forderte, dass vom nächsten EU-Gipfel ein Signal ausgehen müsse, dass die großen europäischen Länder Deutschland, Frankreich und Italien bereit sind, die unabweisbaren Reformen in ihren Ländern voranzutreiben. Die Besorg-

nis erregende Außenwertschwäche des Euro sei auch Ausdruck des mangelnden Vertrauens potenzieller Investoren in die drei großen europäischen Volkswirtschaften, die allesamt sozialdemokratisch regiert würden. „Die Schwäche des Euro ist die Schwäche der deutschen Wirtschaftspolitik“, so Merz. Landesvorsitzender Jürgen Rüttgers wunderte sich, warum es nicht schon längst eine Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister aus Euroland gegeben habe. Gespräche über den Vertrauensverlust in den Euro sollten noch vor dem nächsten EU-Gipfel im Juni geführt werden.

schaftsberichten gemacht hat und damit gegen die nach dem Grundgesetz in dem Parteiengesetz bestehende Verpflichtung zur öffentlichen Rechenschaftslegung über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen verstößt, durch Beiziehung der vollständigen Handelsregisterakten betreffend Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mit be-

schränkter Haftung (DDVG) mit Sitz in Hamburg, HRB 14599 beim Handelsregister in Hamburg.

■ **Begründung:**

Nach einem Bericht in der FAZ vom 20.4.2000 hat der SPD-Konzern DDVG einen Bilanzgewinn von 36,5 Mio. DM für das Jahr 1997 erzielt und davon 18,4 Mio. DM 1998 ausgeschüttet. Dieser

Angela Merkel: Das Vertrauen in den Rechtsstaat bewahren

Einen „fatalen Irrweg“ hat die Parteivorsitzende Angela Merkel die Strafrechtsreformpläne von Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin genannt.

Danach soll der Überbelegung von Gefängnissen dadurch begegnet werden, dass künftig Haftstrafen bis zu drei Jahren (bisher zwei Jahre) zur Bewährung ausgesetzt werden können.

Angela Merkel: „Gerade bei Taten, für die Haftstrafen von drei Jahren verlangt werden, handelt es sich nicht, wie von der Regierung unterstellt, um kleinere Straftaten. Die CDU wird sich allen Vorhaben widersetzen, die zur Verharmlosung solcher Taten führt.“

UD

Betrag soll sich nicht im Rechenschaftsbericht der SPD für das Jahr 1998 finden. Die Handelsregisterakten sind als Beweismittel geeignet, um zu klären, welche Erträge wann erzielt, wann ausgeschüttet und in welchem Umfang sie nicht veröffentlicht worden sind. Es besteht der Verdacht, dass in anderen Jahren entsprechend verfahren wurde.

UD

Wichtiges Instrument zur schnelleren Ermittlungsarbeit

Die vom hessischen Justizminister Christean Wagner geschaffene staatsanwaltschaftliche Eingreifreserve hat Anfang April ihre Tätigkeit aufgenommen.

Im Vordergrund des Aufgabensfelds der Eingreifreserve, die zunächst aus drei Staatsanwälten besteht, steht die Unterstützung der einzelnen Staatsanwaltschaften bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, der Korruption sowie der Umwelt-, Wirtschafts- und Betäubungsmittelkriminalität.

Dabei kommt es auch zu einer neuen intensiven Zusammenarbeit der Eingreif-

reserve mit dem Landeskriminalamt, der Oberfinanzdirektion und dem Hessischen Rechnungshof.

„Mit der Eingreifreserve und der Zusammenarbeit mit anderen Behörden bündeln wir den Sachverstand gerade bei schwierigen Ermittlungsverfahren“, erklärte der Minister bei der Vorstellung der Tätigkeit der Eingreifreserve heute in Frankfurt: „Wir müssen die Fachkenntnisse aller Beteiligten, von den Steuerermittlungen bis hin zu überprüften Rechnungen, nutzen, um solche Straftaten noch besser als bisher verfolgen zu können und unsere Schlagkraft zu erhöhen“.

„Wir wollen unsere Staatsanwaltschaften dann unterstützen, wenn es in bestimmten Verfahren zu Engpässen kommt und wir mit einer zeitlich befristeten Hilfestellung – auch des LKA, der Finanzbehörden und des Rechnungshofes – zum schnellen Abschluss von Ermittlungen beitragen können“, sagte Wagner weiter.

„Schon unmittelbar mit Beginn der Tätigkeit der Eingreifreserve wurden vier Ermittlungsverfahren ausgewählt, bei denen die drei Staatsanwälte tatkräftig mitarbeiten“, erläuterte der Justizminister.

Kosten für Lohnfortzahlung sind wieder gestiegen

Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln mussten die Unternehmen 1999 für Lohnfortzahlung rund 55 Milliarden Mark aufwenden, 1,5 Milliarden Mark mehr als im Jahr zuvor.

Diese Kosten setzen sich zusammen aus der Entgeltfortzahlung bei Krankheit

und den zugehörigen Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung. Verantwortlich für diese Wende sind nach Ansicht des Instituts zum einen die Gesetzesänderungen, die ab 1. Januar 1999 gelten und die Arbeitgeber zur Zahlung des vollen Lohns verpflichten. Zwischen Oktober 1996 und Dezember 1998 wa-

ren es für die ersten sechs Wochen 80 Prozent. Allerdings war in einer Reihe von Tarifverträgen in den entsprechenden Branchen eine 100prozentige Lohnfortzahlung vereinbart worden. Die Lohnerhöhungen im letzten Jahr haben sich ebenfalls auf die Höhe der Entgeltfortzahlung ausgewirkt.



Neuwahl des Bundesparteigerichts

Auf Vorschlag des Bundesvorstands auf seiner Sitzung am 20. März in Berlin hat der 13. Parteitag in Essen die folgenden Mitglieder in das Bundesparteigericht der CDU für die Zeit vom 7. November 2000 bis 6. November 2004 (gem. § 29 Abs. 3 Statut, §§ 5,6 Abs. 1 Parteigerichtsordnung der CDU) gewählt:

■ **Ordentliche Mitglieder:**

Präsident des Oberlandesgerichts a.D. (Celle)
Dr. Eberhard Kuthning
 (Vorsitzender)
 Dipl.-Ing. Dipl.-Jurist,
 (Bad Kösen)
 Regierungsdirektor im

Landesverwaltungsamt Thüringen
Bernhard Hellner
 Richterin am Bundesgerichtshof (Zweibrücken/Karlsruhe)
Dr. Heidi Lambert-Lang
 Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht a.D. (Köln)
Dr. Pia Rumler-Detzel
 Rechtsanwältin am Oberlandesgericht (Mettmann)
Friedrich W. Siebeke

■ **Stellvertretende Mitglieder:**

Präsident des Landgerichts (Bordesholm/Kiel)
Dr. Friedrich August Bonde

Rechtsanwalt (Hamburg/Altenholz)
Dr. Peter Dany
 Rechtsanwältin (Bad Honnef)
Petra Kansy
 Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht (Potsdam) und Vizepräsident des Landesverfassungsgerichts Brandenburg
Dr. Wolfgang Knippel
 Oberstaatsanwalt a.D. (Dortmund)
Helmut Rehborn
 Rechtsanwältin und Notarin (Berlin)
Barbara Saß-Viehweger
 Dipl.-Jurist (Gera)
 Richter am Amtsgericht Gera-Stadt
Frank Strohscher

UD



Der CDU-Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik hat sich Ende März in Brüssel unter Leitung seines Vorsitzenden, dem Aachener Europaabgeordneten Armin Laschet, zu einem Fachgespräch mit dem Kommissar für Humanitäre Hilfe und Menschenrechte, Poul Nielson, getroffen. Zuvor hatte der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, die Mitglieder des Bundesfachausschusses begrüßt.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Eichholz

Die neuen familienpolitischen Leitsätze der CDU stehen im Mittelpunkt eines der nächsten Foren im Bildungszentrum Eichholz. Im Verlauf der Veranstaltung stellen namhafte Sachverständige aus Wissenschaft, Verbänden, Kommunen und Politik zentrale Aspekte einer kinder- und familienfreundlichen Neuorientierung in der Familienpolitik vor und diskutieren mit Gästen der Konrad-Adenauer-Stiftung über umsetzbare Modelle.

■ Veranstaltung Nr. 119

Familie und gesellschaftlicher Wandel – Die neuen familienpolitischen Leitsätze der CDU in der Diskussion Eichholzer Forum
18. bis 19. Mai

■ Hauptthemen:

→ Zwischen Individualisierung und Pluralisierung – Die Familien im Kesseldruck der Moderne

Prof. Dr. Robert Hettlage, Basel, Universität Regensburg

→ Was kostet die Familie, was ist sie uns wert?

Dirk Günther, Bonn,

Bundesgeschäftsführer des Deutschen Familienverbands

→ Muss die Arbeitswelt so funktionieren als ob es keine Kinder gäbe? – Familienpolitik im Unternehmen

Gisela Erler, München, Familienservice

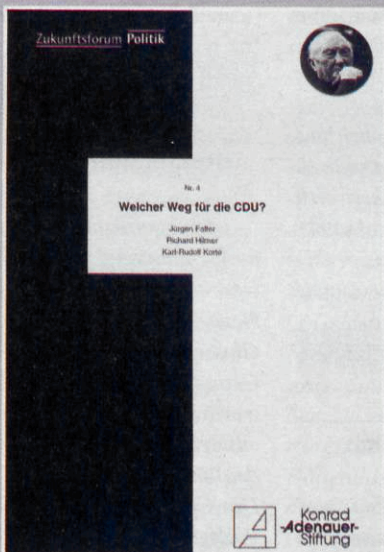
→ Nah bei der Familie – Das Konzept der familienfreundlichen Kommune (Podiumsdiskussion)

→ Neue Wege in der Familienpolitik

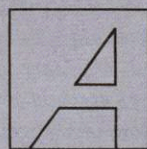
Annegret Kramp-Karrenbauer, Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Fraktion im Landtag des Saarlands

■ Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bildungszentrum Schloss Eichholz, Postfach 13 31, 50387 Wesseling, Fax-Nr.: 0 22 36/7 07-3 80, e-mail: www.tina.steindamm@pb.kas.de



Diese Broschüre können Sie direkt bestellen bei der:



Konrad-Adenauer-Stiftung
z. Hd. Frau
Barbara Kretschmer
Rathausallee 12,
53757 Sankt Augustin
Tel.: 0 22 41/2 46-4 75
Fax: 0 22 41/2 46-6 94

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORGEN

EURO

Nach innen hart

Der Verfall des Euro lässt niemanden unberührt, denn niemand hatte bei dessen Einführung am 1. Januar 1999 ernsthaft mit so einer Entwicklung gerechnet. Euro-Enthusiasten glaubten, das junge Geld werde schnell zu einem mächtigen Gegenspieler des Dollar als Welt-Reservewährung aufsteigen, Euro-Skeptiker fürchteten, aus der Währungsunion werde eine Inflationgemeinschaft. Keine der beiden Szenarien ist eingetreten; stattdessen ist die neue Währung nach innen hart – Teuerung gibt es praktisch nicht – aber nach außen weich – der Kurs sinkt scheinbar ohne Halt immer weiter.

Süddeutsche Zeitung

HAUSBESITZ

Kessel-Treiben

Zwei Meldungen, eine Nachricht: Hausbesitz kann teuer kommen. Erstens für alle, deren Heizkessel vor 1978

installiert wurde – denn hier plant das Bundeswirtschaftsministerium eine Erneuerungspflicht. Zweitens für Erben, die nach Überlegungen im Bundesfinanzministerium eine deutlich größere Steuerlast tragen sollen. Die grundsätzlichen Forderungen, Energie zu sparen und im Erbschaftsfall Geld- und Grundvermögen gleichermaßen zu belasten, sind nachvollziehbar. Doch die jetzt diskutierten Lösungsansätze führen in die Irre, weil manchen Hausbesitzer in den Ruin.

Rheinische Post

SPD

Programmdebatte

„Spitzenbegabungen ohne Hemmungen fördern“ – wer sagt das? Die FDP? Nein, SPD-Vize Wolfgang Clement bei der SPD-Grundsatzdebatte. „Grundwerte gewinnen als Zielorientierungen wieder an Bedeutung“ – wer sagt das? Die CDU? Nein, SPD-Vize Wolfgang Thierse bei der SPD-Grundsatzdebatte. „An der Vorbereitung des Par-

teiprogramms werden wir nicht nur die Mitglieder, sondern alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen“ – wer sagt das? Die Grünen? Nein, SPD-Vize Rudolf Scharping bei der SPD-Grundsatzdebatte.

Nicht nur Firmen fusionieren, auch die Programmatik der Parteien verschmilzt. Da können sich SPD-Traditionalisten noch so sehr winden. Aber es geht erstens nicht mehr um mehr oder weniger Sozialismus, mehr oder weniger Kapitalismus – dieser Wettstreit ist entschieden. Aber die globale Wirtschaft wird immer stärker, der Einfluss nationaler Parteien immer schwächer – da muss man sich schon aufs Wesentliche konzentrieren.

Rheinische Post

Inventur

Es besteht Anlass zum Misstrauen, wenn Kommissionen beginnen, Grundsatzprogramme zu erarbeiten. Wenn die SPD sich für solch ein Werk auch noch Jahre Zeit lassen will, ist allergröß-

Gründungsjahr 1990

te Besorgnis angebracht – es droht eine dröge Enzyklopädie der Unverbindlichkeiten.

Berliner Zeitung

SACHSEN-ANHALT

Lager

Es gibt sie noch: die Linken. Das zeigt das Vorgehen des Ministerpräsidenten Höppner in Sachsen-Anhalt. Nach den geduldigen Vorarbeiten über zwei Wahlperioden setzt er nun zum Aufbau einer richtigen SPD/PDS-Koalition an, zwar nicht holterdiepolter wie sein Kollege Ringstorff in Mecklenburg-Vorpommern, aber immerhin nach der nächsten Wahl. Gäbe es die Linke als Interessengemeinschaft nicht, müsste Höppner eine ganz andere Taktik verfolgen. Die PDS steckt nämlich in ihrer schwersten Krise seit 1990. Ginge es Höppner um die Bekämpfung der PDS, so hätte er jetzt zu signalisieren, dass er nur mit einer reformierten PDS weiterarbeiten werde. Kündigt er – wie geschehen – hingegen schon jetzt eine Koaliti-

on an, dann heißt seine Aussage: Gleichgültig, welche Kräfte künftig in der PDS den Ton angeben, sie sind der SPD Höppners als Partner lieber als die CDU.

Frankfurter Allgemeine

ERBSCHAFTSTEUER

Ungelegen

Ungelegner hätten die Empfehlungen der Beamten von Bund und SPD-Ländern zur Erhöhung der Erbschaftsteuer nicht kommen können. In zwei Wochen ist Wahltag in Nordrhein-Westfalen. Und so wiegeln die Finanzpolitiker der Koalition ab: Weder gebe es einen Bericht der Kommission noch eine politische Entscheidung. Das mag alles richtig sein. Unbestritten ist aber, dass es in SPD-Bundesländern Überlegungen gibt, die Erbschaftsteuer zu erhöhen, um die Einbußen bei der Einkommensteuerausgleichung. Die SPD-Linke wiederum will an der Erbschaftsteuer drehen, weil das angeblich der sozialen Gerechtigkeit diene.

Frankfurter Allgemeine

STRAFEN

Verantwortungslos

Die rot-grünen Pläne zu einer Reform des Strafrechts dürften in der Fachwelt zwiespältige Reaktionen auslösen. Wer aus der Praxis weiß, dass Haftstrafen für Ersttäter oft dazu führen, dass sie das Gefängnis als „geschulte Verbrecher“ verlassen, wird die Suche nach vernünftigen Ersatz-Strafen begrüßen. Sinnvoll erscheint es auch, nicht gezahlte Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit ableisten zu lassen. Viel Erfolg verspricht die Absicht, verstärkt Fahrverbote als Strafe einzusetzen. Mancher Kleinkriminelle oder wohlhabende Straftäter könnte dies als wesentlich härtere Sühne empfinden als etwa eine Geldstrafe oder eine kleine Freiheitsstrafe zur Bewährung. Soweit hinter den Plänen zu vermehrten Bewährungsstrafen und früheren Haftentlassungen allerdings die Absicht steckt, überfüllte Gefängnisse zu entlasten, wäre dies verantwortungslos.

Rheinische Post

Telefax 0 22 26 / 8 02-333



Bestellschein

für ein Abonnement der Wandzeitung
jährlich acht Wandzeitungen im Format DIN A2

Ja, ich möchte
meine Schaukästen
immer aktuell gestalten
und bestelle hiermit ein
Jahres-Abonnement des
Wandzeitungsdienstes

Bestell-Nr.	Bestell-Menge	Artikel	Preis
8010		bis zu 10 Expl.	92,80 DM jährlich
8060		bis zu 60 Expl.	116,-- DM jährlich
8200		bis zu 200 Expl.	174,-- DM jährlich

Preise verstehen sich inkl. 16% MwSt. und Versand

Absender/KV-Nr.:



Versandanschrift (falls nicht identisch):

CDU-Verband oder Name

CDU-Verband oder Name

utgbonn.de

Ansprechpartner

Ansprechpartner

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Telefon

Telefon

Bankverbindung

Der Zahlungsmodus erfolgt ausschließlich per Lastschriftinzug

Der Betrag soll von folgendem Konto per Lastschrift eingezogen werden

Bank

BLZ

Datum / 1. Unterschrift

Konto-Nr.

Widerrufsrecht

Mir ist bekannt, daß ich diesen Auftrag innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an das UBG Medienzentrum widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum / 2. Unterschrift

So erreichen Sie uns!

Bei Rückfragen stehen Ihnen jederzeit zur Verfügung:

Dieter Herzig Telefon 0 22 26 / 8 02-3 00

Sonja Bach-Meiers Telefon 0 22 26 / 8 02-3 01

Gerne helfen wir Ihnen auch bei der Gestaltung und Durchführung von anderen Druckerzeugnissen!

Union Betriebs-GmbH

Egermannstraße 2 - 53359 Rheinbach

druckerei@

PREISSCHREIBEN
1. Preis: 400 Euro
2. Preis: 200 Euro
3. Preis: 100 Euro
4. Preis: 50 Euro
5. Preis: 25 Euro

Thema: Die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland

Die Frage lautet:
 Welche Rolle spielt die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland für die Entwicklung des Tourismus?

Einreichfrist: 15.01.2006

Alle eingereichten ...

Unsere Gegner

Reisebüro ...

Postfach ...

STÄDTE UND STADION

BERLIN ...

BOCHUM ...

BRUNNEN ...

DUISBURG ...

ERFURT ...

FRANKFURT ...

GELSENKIRCHEN ...

HEIDELBERG ...

KÖLN ...

MÜNCHEN ...

STADION ...

Fußball-Europameisterschaft 2000 in Belgien und den Niederlanden

EURO 2000

CDU

DER EM-SPIELPLAN

VORWORT

GRUPPEN

Gruppe	Land	Spiele
A	Belgien	3
B	Niederlande	3
C	Dänemark	3
D	Frankreich	3

WEITERE SPIELE

HALBFINALEN

FINALE

CDU

CDU 2000

Neuanfang



CDU

EURO 2000
Fussball EM-Kalender
Bestell-Nr.: 9653
Verpackungseinheit: 200 Expl.
Preis je 200 Expl.: 18,00 DM

Broschüre „Neuanfang“
Bestell-Nr.: 5654
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 36,00 DM

Union Betriebs GmbH
 Postfach 1190
 53348 Rheinbach
 PVSt, Deutsche Post AG
 Entgelt bezahlt.

CDU 2000

Vorsitzende



Dr. Angela Merkel

„Die CDU ist wieder da. Jetzt geht es zur Sache: bei Renten und Steuern, in Bildung und Ausbildung, bei den Arbeitsplätzen und für Europa.“

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Friedrich Merz

Generalsekretär



Ruppert Polenz

Schatzmeister



Dr. Ulrich Curteliers

Der Neuanfang!

Stellv. Vorsitzende



Dr. Annette Schavan

Stellv. Vorsitzender



Dr. Jürgen Bütgers

Stellv. Vorsitzender



Christian Wulf

Stellv. Vorsitzender



Volker Biele



Wandzeitung „Neuanfang“

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Ihren Info-Stand. Sie kann ab sofort von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahres-Abonnement bei der UBG bestellt werden. Bitte benutzen Sie hierzu den Bestellschein auf Seite 22.

BESTELL-ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
 Postfach 1465
 59306 Ennigerloh
 Telefax 02524/911310
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de